

Gründler, Klaus; Mänz, Justus; Potrafke, Niklas; Ruthardt, Fabian

Article

Ökonomenpanel: Deutschland nach einem Jahr Corona: Ökonom*innen ziehen eine Zwischenbilanz

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gründler, Klaus; Mänz, Justus; Potrafke, Niklas; Ruthardt, Fabian (2021) :
Ökonomenpanel: Deutschland nach einem Jahr Corona: Ökonom*innen ziehen eine Zwischenbilanz,
ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der
Universität München, München, Vol. 74, Iss. 03, pp. 59-62

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/232346>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Klaus Gründler, Justus Mänz, Niklas Potrafke und Fabian Ruthardt

Ökonomenpanel: Deutschland nach einem Jahr Corona: Ökonom*innen ziehen eine Zwischenbilanz

Vor gut einem Jahr, am 27. Januar 2020, wurde in Deutschland der erste Fall von SARS-CoV-2 diagnostiziert. Seitdem kämpft die Politik gegen die drastischen Folgen der Pandemie an, auch im Format der mittlerweile etablierten Bund-Länder-Konferenzen. Am 10. Februar 2021 wurde beim Treffen zwischen Bund und Ländern die Verlängerung des Lockdowns und die Herabsetzung der Inzidenz von 50 auf 35 für weitere Lockerungen beschlossen. Das Spitzentreffen der Bund- und Länderchefs am 3. März 2021 führte schließlich zu einer Lockdown-Verlängerung mit zeitlichen Öffnungsschritten und einigen regionalen Öffnungsmöglichkeiten. Zwischen diesen Corona-Gipfeln befragte das Ökonomenpanel Professor*innen an deutschen Universitäten zur aktuellen Corona-Politik und den Zukunftsperspektiven für Deutschland. Teilgenommen haben 177 Professor*innen.

ÖKONOM*INNEN UNZUFRIEDEN MIT DER AKTUELLEN CORONA-WIRTSCHAFTSPOLITIK

Während die deutsche Wirtschaftspolitik zu Beginn der Corona-Pandemie von Ökonom*innen positiv beurteilt wurde, ist mittlerweile die Stimmung gekippt. Die Bundesregierung hatte zu Beginn der Krise das größte Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik mit einem Umfang der haushaltswirksamen Maßnahmen von 353,3 Mrd. Euro und einem Umfang der Garantien von 819,7 Mrd. Euro beschlossen (BMF 2020). Im Ökonomenpanel vom Mai 2020 befürworteten noch immer mehr als drei Viertel der teilnehmenden Ökonom*innen die massiven Hilfen, im März 2020 waren es ähnlich viele (Blum et al. 2020; Gründler et al. 2020). Vor allem das Kurzarbeitergeld und staatliche Bürgschaften für Unternehmenskredite wurden von den teilnehmenden Ökonom*innen positiv beurteilt. Mehrheitlich positiv sahen die teilnehmenden Ökonom*innen damals auch die Ausweitung der steuerlichen Verlustrückträge sowie Investitionszuschüsse für Unternehmen, die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und ein Einkommensausgleich für Kulturschaffende.

Im aktuellen Ökonomenpanel ist jedoch fast die Hälfte der teilnehmenden Ökonom*innen »eher unzufrieden« oder »sehr unzufrieden« mit der aktuellen Corona-Wirtschaftspolitik in Deutschland. Als Gründe werden vor allem genannt, dass die Maß-

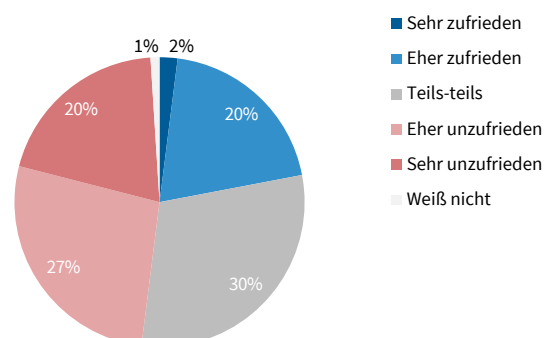
Im aktuellen Ökonomenpanel zeigt sich fast die Hälfte der teilnehmenden Ökonom*innen unzufrieden mit der gegenwärtigen Corona-Wirtschaftspolitik. Nur ein gutes Fünftel ist zufrieden. Ein verbindlicher Stufenplan für Lockerungen wird von den teilnehmenden Ökonom*innen mehrheitlich positiv beurteilt. Ebenso stößt die Ausweitung der Teststrategie sowie Prämienzahlungen für zusätzliche Impfstofflieferungen auf positive Resonanz. Eine Vergemeinschaftung von Patenten wird hingegen mehrheitlich abgelehnt.

nahmen nicht verhältnismäßig seien, die Politik zu langsam und unflexibel reagiere und keine (Öffnungs-)Perspektiven entwickelt würden. Auch wird bemängelt, dass die Hilfen zu bürokratisch seien und die Impfstrategie bisher weitgehend versagt habe. Rund 30% antworten mit »teils-teils«, schließt sich aber meist den genannten negativen Punkten an. »Eher zufrieden« mit der aktuellen Corona-Wirtschaftspolitik sind 20% der teilnehmenden Ökonom*innen, 2% sind sogar »sehr zufrieden«. Die Maßnahmen seien ex ante angemessen und ausgewogen gewesen, und es sei gelungen, einen katastrophalen Einbruch der Produktion und eine ebensolche Insolvenzwelle zu verhindern. Mit »weiß nicht« antwortet 1%.

Abb. 1

Corona-Wirtschaftspolitik

Wie zufrieden sind Sie mit der aktuellen Corona-Wirtschaftspolitik in Deutschland?



Quelle: Ökonomenpanel Februar 2021.

© ifo Institut

VERBINDLICHER STUFENPLAN AM BELIEBTESTEN, SOFORTIGE LOCKERUNGEN WERDEN NEGATIV BEWERTET

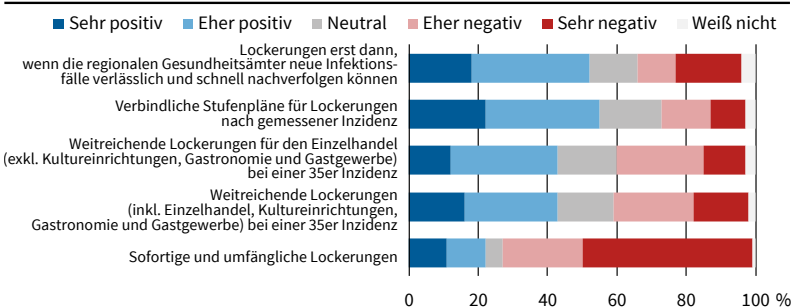
Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland beurteilen die teilnehmenden Ökonom*innen unter fünf Strategien einen verbindlichen Stufenplan für Lockerungen nach gemessener Inzidenz am positivsten. Rund 55% sehen diese Strategie »eher positiv« oder »sehr positiv«. Nur ein knappes Viertel

beurteilt diese Strategie »eher negativ« oder »sehr negativ«. Auf Platz 2 folgt eine Strategie, die große Parallelen zu »NoCovid« (Priesemann et al. 2021) aufweist und Lockerungen erst dann vorsieht, wenn die regionalen Gesundheitsämter neue Infektionsfälle verlässlich und schnell nachverfolgen können. Rund die Hälfte der teilnehmenden Ökonom*innen beurteilt diese Strategie »eher positiv« oder »sehr positiv«; 30% bewerten sie »eher negativ« oder »sehr negativ«. Lockerungen für den Einzelhandel bei einer gemessenen Inzidenz unter 35 erhalten ähnlich hohe Zustimmungswerte wie weitreichendere Lockerungen auch für Kultureinrichtungen, die Gastronomie und das Gastgewerbe bei derselben Inzidenz. Jeweils 43% der teilnehmenden Ökonom*innen beurteilen die Strategien als »eher positiv« oder »sehr positiv«. Gleichzeitig treffen weitreichendere Lockerungen über den Einzelhandel hinaus auf leicht stärkere Ablehnung. Auf starke Ablehnung stoßen sofortige und umfangreiche Lockerungen. Zwar sehen jeweils gut 10% der teilnehmenden Ökonom*innen diese Strategie »eher positiv« oder »sehr positiv«, allerdings wird sie von rund einem Viertel »eher negativ« beurteilt und von knapp der Hälfte sogar als »sehr negativ«.

Abb. 2

Corona-Strategien

Wie beurteilen Sie die folgenden viel diskutierten Strategien im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland unter Ausweitung der Teststrategie ab März (inkl. Antigen-Tests, sowohl durch medizinisches Personal als auch als Laien-Selbsttest)



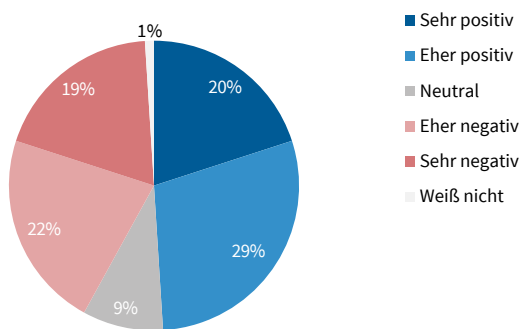
Quelle: Ökonomenpanel Februar 2021.

© ifo Institut

Abb. 3

Neuer Inzidenzwert 35

Wie beurteilen Sie die Herabsetzung des gemessenen Inzidenzwertes von 50 auf 35, die am 10. Februar verkündet wurde, für »den nächsten Öffnungsschritt« (Merkel)?



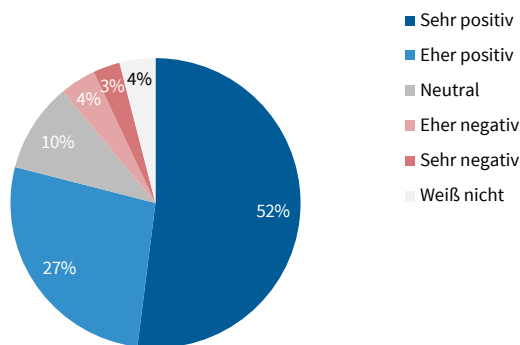
Quelle: Ökonomenpanel Februar 2021.

© ifo Institut

Abb. 4

Teststrategie

Wie beurteilen Sie die angekündigte Ausweitung der Teststrategie in Deutschland?



Quelle: Ökonomenpanel Februar 2021.

© ifo Institut

Um die Corona-Pandemie effektiv zu bekämpfen, fordern die teilnehmenden Ökonom*innen zudem eine massive Ausweitung der Teststrategie, einen gezielteren Schutz der Risikogruppen und eine Abkehr von Inzidenzwerten als einziges Kriterium für Öffnungen.

HERABSETZUNG DES INZIDENZWERTES VON 50 AUF 35 SPALTET DIE ÖKONOM*INNEN

Knapp die Hälfte bewertet sie positiv, 41% bewerten sie negativ: Die Herabsetzung des gemessenen Inzidenzwertes von 50 auf 35 für weitere Lockerungen stößt auf unterschiedliche Resonanz unter den Teilnehmer*innen. Ein Fünftel beurteilt die Herabsetzung als »sehr positiv«, 29% als »eher positiv« und begründen das mit der besseren Nachverfolgbarkeit von Infektionsketten, der hohen Unsicherheit beim zukünftigen Infektionsgeschehen durch die Mutanten und damit, dass der Wert besser, weil niedriger als 50, sei. Jeweils rund 20% sehen die Herabsetzung »eher negativ« oder »sehr negativ«. Sie meinen, dass der neue Inzidenzwert willkürlich, unbegründet und daher nicht nachvollziehbar sei, eine langfristige Perspektive fehle und daraus eine sinkende Unterstützung für die Maßnahmen in der Bevölkerung resultiere. Knapp 10% der teilnehmenden Ökonom*innen stehen der Herabsetzung des Inzidenzwertes für weitere Lockerungen neutral gegenüber und 1% antwortet mit »weiß nicht«.

GROSSE ZUSTIMMUNG FÜR DIE AUSWEITUNG DER TESTSTRATEGIE

Die angekündigte Ausweitung der Teststrategie wird von den teilnehmenden Ökonom*innen stark befür-

wortet. »Sehr positiv« werden zusätzliche Tests von 52% beurteilt, zusätzlich sieht ein gutes Viertel die Ausweitung »eher positiv«. Ein besserer Überblick über das Infektionsgeschehen durch vermehrte Testungen erlaube weitreichendere Lockerungen. Somit stelle die Teststrategie einen wichtigen Baustein in der Pandemiebekämpfung dar. In Teilen wird die bisherige Teststrategie auch als unzureichend bewertet. Für viele kommt die Ausweitung der Testungen zu spät. Ein Zehntel beurteilt die Maßnahme neutral und warnt vor zu hohen Erwartungen. Eine kleine Anzahl der teilnehmenden Ökonom*innen sieht die Ausweitung der Teststrategie »eher negativ« (4%) oder »sehr negativ«(2%). Rund 4% antworten mit »Weiß nicht«.

FOLGEN SOFORTIGER ÖFFNUNGEN FÜR DIE UNTERNEHMEN UNKLAR

Rund 35% der teilnehmenden Ökonom*innen meinen, dass eine sofortige und vollumfassende Aufhebung des Lockdowns die Anzahl von Unternehmensinsolvenzen reduzieren würde. Etwas mehr (43%) sind der Meinung, dass dies nicht der Fall sei. Während erstere sich auf die stetig dünner werdenden Kapitalreserven der Unternehmen berufen und sofortige Öffnungen zumindest kurzfristig Geld in die Kassen der Unternehmen spülen würde, entgegnet letztere, dass die negativen Effekte einer drohenden dritten Welle den Unternehmen einen größeren Schaden zufügen würde. Für eine hohe Unsicherheit spricht die große Zahl an »Weiß nicht«-Antworten (22%).

Nachdem die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen seit Beginn der Coronakrise im März 2020 in Deutschland sogar rückläufig war, rechneten im Ökonomenpanel vom Oktober 2020 die teilnehmenden Ökonom*innen mit mehr Unternehmensinsolvenzen nach Ende der wirtschaftspolitischen Hilfsmaßnahmen (Arth et al. 2020). Sie schätzen, dass die Anzahl an sogenannten Zombieunternehmen, die mit ihren Erträgen mittelfristig ihre laufenden Zinskosten nicht decken können, seit März 2020 gestiegen ist. Als Hauptgründe für die Entstehung von Zombieunternehmen wurden damals die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, das Kurzarbeitergeld sowie die staatlichen Kredite und die Bürgschaften über die KfW genannt.

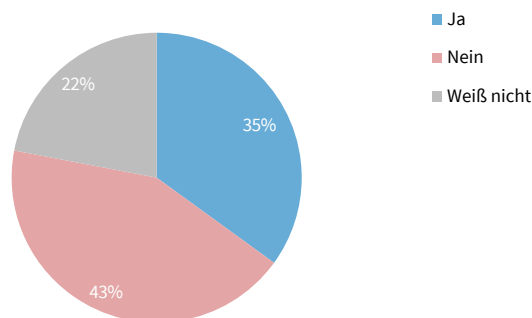
PRÄMIEN FÜR ZUSÄTZLICHEN IMPFSTOFF WERDEN POSITIV BEURTEILT

Die teilnehmenden Ökonom*innen befürworten Zahlungen von Prämien an Impfstoffhersteller für zusätzlichen, schneller gelieferten Impfstoff. »Sehr positiv« werden die Prämien von 45% beurteilt, darüber hinaus sieht ein gutes Fünftel eine Ausweitung »eher positiv«. Durch die Zahlung von Prämien würden Anreize geschaffen, zusätzlich die Produktionskapazitäten für Impfstoffe zu erweitern. Außerdem überwiege der Nutzen einer zusätzlichen Impfdosis die Kosten.

Abb. 5

Unternehmensinsolvenzen

Würde eine sofortige und vollumfassende Aufhebung des Lockdowns die Anzahl von anstehenden Unternehmensinsolvenzen reduzieren?



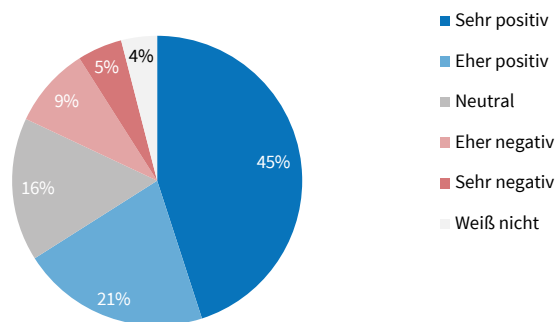
Quelle: Ökonomenpanel Februar 2021.

© ifo Institut

Abb. 6

Prämien für zusätzlichen Impfstoff

Wie beurteilen Sie die Zahlung von Prämien an Impfstoffhersteller für zusätzlichen, schneller gelieferten Impfstoff?



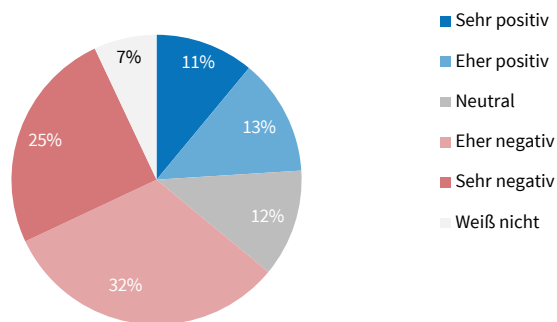
Quelle: Ökonomenpanel Februar 2021.

© ifo Institut

Abb. 7

Vergemeinschaftungen von Impfstoff-Patenten

Wie beurteilen Sie die Vergemeinschaftung von Patenten in Verbindung mit Kompensationszahlungen an Patentinhaber mit dem Ziel einer schnelleren Impfstoffproduktion?



Quelle: Ökonomenpanel Februar 2021.

© ifo Institut

Rund 16% beurteilen die Maßnahme neutral, da die Profite in der Branche ohnehin hoch seien und die Anreizwirkung zwar grundsätzlich in Ordnung gehe, Deutschland allerdings eine nationalistische Strategie vorgeworfen werden könnte. »Eher negativ« bewerten 9% der Teilnehmer*innen die Zahlung von Prämien, 5% sehen sie sogar »sehr negativ«. Als Begründung führen sie an, dass die Produktion nicht kurzfristig steigerbar sei und Prämien zu (globalen) Verteilungskämpfen führen würden. Mit »Weiß nicht« antworten 4%.

EINE VERGEMEINSCHAFTUNG VON PATENTEN WIRD MEHRHEITLICH ABGELEHNT

»Eher negativ« beurteilt ein knappes Drittel der teilnehmenden Ökonom*innen eine Vergemeinschaftung von Patenten in Verbindung mit Kompensationszahlungen an Patent-Inhaber mit dem Ziel einer schnelleren Impfstoffproduktion. Ein Viertel sieht das sogar »sehr negativ«. Mit einer Vergemeinschaftung von Patenten würden langfristig negative Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung gesetzt. Demgegenüber beurteilen 11% der teilnehmenden Ökonom*innen die Maßnahme als »sehr positiv«, weitere 13% sehen sie als »eher positiv« und begründen das mit der Hoffnung, Produktionsengpässen so besser entgegenwirken zu können. Ein gutes Zehntel bewertet die Vergemeinschaftung von Patenten neutral, und 7% antworten mit »Weiß nicht«.

LITERATUR

- Arth, L., K. Gründler, N. Potrafke, F. Ruthardt und J. Sielmann (2020), »Unerwünschte Nebenwirkung der Corona-Maßnahmen: Zombies?«, *ifo Schnelldienst* 73(11), 50–52.
- Blum, J., M. Mosler, N. Potrafke und F. Ruthardt (2020), »Ökonomenpanel: Wie bewerten Ökonom*innen die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Coronakrise?«, *ifo Schnelldienst* 73(4), 48–51.
- BMF – Bundesministerium der Finanzen (2020), »Deutsches Stabilitätsprogramm 2020«, verfügbar unter: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2020-04-17-stabilitaetsprogramm-2020.html, aufgerufen am 2. März 2021.
- Gründler, K., N. Potrafke und F. Ruthardt (2020), »Wie bewerten Ökonom*innen die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Coronakrise – Teil 2«, *ifo Schnelldienst* 73(6), 52–55.
- Priesemann, V., M. M. Brinkmann, S. Ciesek et al. (2021), »Calling for Pan-European Commitment for Rapid and Sustained Reduction in SARS-CoV-2 Infections«, *The Lancet* 397(10269), 92–93.